



Video: Frauke Petry bei Anne Will

Kann Integration per Gesetz gelingen? Welche Rolle spielt der Islam dabei? Diese Fragen stellt Anne Will heute um 21.45 Uhr in der ARD. Dass es gesetzliche Vorgaben geben muss, die eine Integration fordern, daran kann ja wohl kein Zweifel bestehen. Wer sich in eine Gesellschaft nicht integrieren will, wird sie als Fremdkörper immer schwächen, im Fall des Islams sogar versuchen, sie zu vernichten. Dennoch stellt sich die Frage, was nützt ein Gesetz, wenn es am Ende, wie viele andere auch, nicht exekutiert wird.

Laut Aussagen Thomas de Maizières sollten auch anerkannte, aber nicht integrationswillige „Flüchtlinge“ kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben. Derzeit werden aber Hunderttausende schon offiziell nicht anerkannte „Flüchtlinge“ nicht abgeschoben. Ein neues zahnloses Gesetz wird keinen einzigen Gesellschaftszerstörer weniger im Land bringen.

Über Sinn und Unsinn eines Integrationsgesetzes und was es eigentlich leisten sollte, diskutieren:

Bundesinnenminister **Thomas de Maizière (CDU)**, der mit seinem Integrationsgesetz vor allem in der SPD und bei den Islamverbänden auf heftigen Widerstand stieß; **Dietmar Bartsch (SED LINKE)**, tritt für grenzenlose Aufnahme und noch mehr Staatsausgaben für die Invasion ein; Islam-U-Boot **Lamya Kaddor**, deren Schüler auf ihre islamische „Religions“pädagogik

so gut ansprechen, dass sie nach Syrien in den Dschihad ziehen; Migrationsforscher **Ruud Koopmans**, der 30 Prozent der Moslems in Europa als kaum integrierbare Fundamentalisten sieht, sich aber für gesteuerte Zuwanderung ausspricht, und **AfD-Chefin Frauke Petry** für den gesunden Menschenverstand in der Runde. (lsg)

Video der Sendung:

- » Gästebuch
- » mail@annewill.de



FAZ-Verkuppelungsversuche mit dem Islam



Die F.A.Z. bringt heute, am Muttertag, einen ihrer billigen Feuilleton-Versuche, den Islam als honigsüßes Dessert für die Sonntagstafel zu präsentieren. Gleich auf der Frontpage wird man mit einem

überdimensionalen Blick in die Kuppel einer Moschee begrüßt. So ist auch optisch direkt geklärt, dass Redakteurin Karen Krüger den Leser mit dem Islam verkuppeln will. Vorzugsweise mit dem korrupten Schwarzkassenislam der berüchtigten erdo-osmanischen Marxloher Merkez-Moschee, wie die Bildunterschrift verrät.

Recherchiert hat die Soziologin mit afrikanischem Praktikumshintergrund offenbar beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Jede Silbe der klebrigen Sauce hätte auch aus den betroffenen Gesichtern des Islamo-TV-Gespanns Mazyek-Kaddor triefen können. Die offensichtlich aus Regierungskreisen lancierte AfD-Bashing-Auftragsarbeit bietet dem Leser einen Überblick über die gängigen Täuschungsmanöver (Taqiyya), mit denen das edle Wesen der expansionsbesessenen islamischen Mordsekte regelmäßig verschleiert wird. Der juden- und christenmordende Allah wird kurzerhand in die Präambel des Grundgesetzes hineingedichtet. Und zwar, weil sich Wulffs ehemalige türkische Sozialministerin mit „So wahr mir Gott helfe“ vereidigen ließ. Dass ebenjene Ministerin Aygül Özkan die Verbannung von Kreuzen aus Klassenzimmern forderte und die Presse mit einer „Mediencharta“ knebeln ließ, wirkt bis heute nach. Genau solchen Islam-Intrigen verdankt die deutsche Maulkorb-Presse ihren Ruf, der sich heute wieder einmal anschaulich bestätigt hat. Ein klassisches Eigentor.



Bonn: 17-Jähriger in Lebensgefahr geprügelt



Die Polizei Bonn bittet um Hinweise zu mehreren bislang unbekanntem Jugendlichen. Sie stehen im Verdacht, am Samstag, 7. Mai 2016, gegen 00.20 Uhr, in Bonn-Bad Godesberg einen 17-Jährigen körperlich attackiert und niedergeschlagen zu haben. Nach bisherigen Erkenntnissen befand sich der Junge gegen 00.20 Uhr in Begleitung weiterer Jugendlicher auf dem Weg zum Bad Godesberger Bahnhof. In Höhe der Bushaltestelle „Rheinallee“ stießen sie auf eine Gruppe von junger Männer. Diese sollen den 17-Jährigen und seinen 18-jährigen Freund kurz angesprochen und körperlich attackiert haben. Nach Zeugenangaben soll einer der Unbekannten den 17-Jährigen derart massiv geschlagen haben, dass dieser zu Boden stürzte. Auch sein 18-jähriger Begleiter und eine gleichaltrige Freundin, die ihrem Freund helfen wollten, wurden von den Unbekannten geschlagen.

Als weitere Zeugen den Jugendlichen zur Hilfe eilten, ließen die Unbekannten von ihren Opfern ab und liefen in Richtung Rheinallee davon. Der 17-Jährige musste vor Ort von einem Notarzt vor reanimiert werden. Anschließend wurde er mit einem Rettungstransportwagen in ein Krankenhaus gebracht. Nach Auskunft der Ärzte befindet er sich in akuter Lebensgefahr. Seine Freunde erlitten leichte Verletzungen. Sie und Angehörige werden durch Notfallseelsorger betreut.

Auf Grund der Gesamtumstände nahm noch in der Nacht eine Mordkommission der Polizei Bonn unter Leitung von Kriminalhauptkommissar Franz Wirges in enger Abstimmung mit Staatsanwalt Florian Geßler die Ermittlungen auf. Neben der Spurensicherung, den Befragungen von Zeugen fahnden die Beamten nach den Tatverdächtigen. Sie wurden von Zeugen wie folgt beschrieben:

1. Person

- 17-20 Jahre
- Zwischen 180cm – 185cm
- Brauner Hauttyp
- Stämmig
- Schwarze Haare, Seite kurz, oben länger
- Schwarze Jacke
- Jeanshose-
- Sprach akzentfrei deutsch

2. Person

- 17 – 20 Jahre
- Kurze schwarze Haare
- Ca. 180cm – 185cm
- Brauner Hauttyp
- Schmal
- Weiße Jogginghose
- Weißer Pullover (Adidas oder Nike)
- Sprach Akzentfrei Deutsch –

3. Person

- Älter als 18 Jahre
- Lange Haare
- Schwarze lockige Haare, an den Seiten kurz rasiert
- Schmal
- Vollbart
- Schwarze Lederjacke
- Jeans
- Kleiner als die anderen beiden Tatverdächtigen

Die Ermittler bitten um Hinweise zu den Tatverdächtigen und fragen: Wer hat das Tatgeschehen beobachtet? Wer hat die drei Tatverdächtigen vor oder nach der Tat beobachtet? Wer kann Angaben zur Identität der Verdächtigen machen? Hinweise bitte an die die Polizei Bonn. Rufnummer 0228/150.

Rückfragen bitte an:

Polizei Bonn

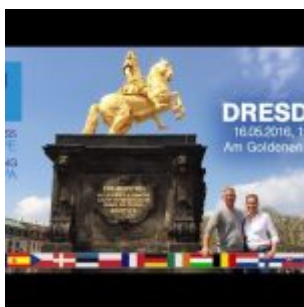
Pressestelle

Telefon: 0228 – 1510-21 bis 23

Fax: 0228-151202

www.polizei-bonn.de

(Über das x-te Opfer des neuen „bunten“ und „weltoffenen“ Deutschlands berichtet die Bonner Polizei)



Pfingstmontag: „Festung Europa“ in Dresden

Am Pfingstmontag ist Pegida-Pause – doch Gesicht zeigen ist auch an diesem Montag in Dresden möglich bei der ersten Veranstaltung der europaweiten Bürgerbewegung “FESTUNG EUROPA” am 16. Mai in Dresden, Neustädter Markt/Goldener Reiter –

15:00 Uhr. Hier das Mobilisierungsvideo dazu – mehr Infos auf der Facebook-Seite von „Festung Europa“.



Video: Tausende bei Anti-Merkel-Demo in Berlin

Am Samstag Nachmittag haben tausende Bürger in Berlin unter dem Motto „Merkel muss weg – wir sind das Volk“ gegen die Politik der deutschen Bundeskanzlerin demonstriert. Unter anderem wurde das „Schmähgedicht“ von Jan Böhmermann in Verbindung mit Pophymnen verlesen. Hier das Video von Ruptly TV (Beginn bei 15:23 min), das die Kundgebung und die Gegendemos gestern live übertrug. Fotos der Veranstaltung gibt es auf der Facebook-Seite von Pro Deutschland – ein ausführlicher Bericht folgt am Montag auf PI.



Kein Aprilscherz: Brüssel will Visegrad-Staaten mit 250.000 Euro pro Flüchtling erpressen



Entweder ihr nehmt die euch von Merkel zugedachten und bereits eingeladenen Wohlstands-Suchenden auf oder ihr zahlt. Das ist der „Vorschlag“, den die EU-Kommission den Visegrad-Regierungen – also Tschechien, Polen, der Slowakei und Ungarn (Foto) – macht. Diese Länder weigern sich beharrlich, die Gäste aufzunehmen, die Merkel eigenmächtig und großzügig nach Europa eingeladen hat, anstatt sie in den Nachbarstaaten der Kriegsregion zu belassen und dort zu unterstützen.

Das luxemburgische Tageblatt berichtet:

Die EU-Kommission will Sanktionen verhängen, sollten Mitgliedsstaaten ihnen zugewiesene Flüchtlinge nicht aufnehmen wollen. Staaten, die die Aufnahme von ihnen zugewiesenen Flüchtlingen verweigern, sollen künftig Ausgleichszahlungen von 250.000 Euro pro Flüchtling leisten.

Mit dem Geld sollen all jene Länder gestärkt werden, die die Flüchtlinge stattdessen aufnehmen.

Es ist klar, dass das nicht funktionieren wird. Die genannten Länder müssten demnach für je 4000 nicht aufgenommene „Flüchtlinge“ eine Milliarde Euro zahlen. Sie werden das nicht tun, sie haben die Mittel dafür nicht, dafür aber Bevölkerungen, die sich weigern, das eigene Volksvermögen an Fremde wegzuschenken.

Und auch die „Flüchtlinge“ müsste man in den genannten Ländern einsperren, um sie dort zu halten. Deren Ziel ist Deutschland, nicht Polen oder Ungarn, und nach Deutschland würden sie sich über die offenen Grenzen sofort in Bewegung setzen. Entsprechend fielen die Reaktionen der Länderchefs bei ihrem Treffen am Mittwoch aus:

„Ich frage mich, ob es ein ernst gemeinter Vorschlag ist, denn es hört sich nach einem Aprilscherz an“, sagte der polnische Außenminister Witold Waszczykowski am Mittwoch in Prag.

Sein ungarischer Kollege Peter Szijjarto sprach sich gegen jegliches Quotensystem bei der Verteilung von Flüchtlingen aus. „Es ist schlicht und einfach Erpressung“, sagte der Ungar an die Adresse der EU-Kommission.

Der tschechische Außenminister Lubomir Zaoralek kritisierte: „Etwas vorzulegen, was uns trennt, hilft niemandem“.

Merkel weiß nicht mehr, was sie machen soll mit ihrem aus der Türkei nachgeladenen Nachschub an Partygästen und lässt deshalb ihre Marionetten in Brüssel sich abstrampeln. Nur hilft das jetzt nicht mehr und lässt sich mit weiterer Flickschusterei und unrealistischen politischen Vorschlägen nicht mehr rückgängig machen. Merkel wollte sie, Merkel hat sie und Merkel wird sie auch behalten. Und das deutsche Volk verharret weiter in lethargischem Schweigen bei ihr. Wir sollten uns an den Visegrad-Staaten ein Vorbild nehmen.



SPD-Heuchler auf Strategiesuche gegen die AfD



„Leichte Schläge auf den Hinterkopf erhöhen das Denkvermögen“, hieß es scherzhaft in den 70ern. Stimmt aber durchaus. Die SPD muss nach verlorenen Landtagswahlen nun ein ums andere Mal neue Rückschläge in Form schlechter werdender Umfragewerte hinnehmen. Und in solchen Fällen, wenn die Futtertröge drohen geschlossen zu werden, da werden Genossen hellwach. Lügen aus den eigenen Reihen, die man dem dummen Wahlvolk noch gerne und grinsend hinwarf, ziehen dann natürlich nicht mehr bei den eigenen Leuten.

UPDATE: Laut Helmut Markwort vom BR-Sonntags-Stammtisch von heute (bei dem übrigens der bayrische AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron zu Gast war) wird der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in Kürze durch Olaf Scholz abgelöst und EU-

Apparatschik Martin Schulz SPD-Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2017 werden.

(Von Sarah Goldmann)

Was also tun im Umgang mit der AfD, die als außerparlamentarische Opposition die Versäumnisse der Großen Koalition und ihrer grünroten Wurmfortsätze im Bundestag anprangert und Alternativen bietet? Bisher wurde ausgiebig die Nazi-Keule wieder und wieder genutzt und abgenutzt. Der Wähler kann nicht mehr nachvollziehen, warum eine Ablehnung der Aufnahme von „Flüchtlings“ in den USA, Kanada, Australien, Saudi-Arabien, Schweden, Österreich, Frankreich, Dänemark, Polen, Ungarn, Serbien, Griechenland, Italien ... nicht schlimm ist, dagegen das politische Ziel, die Zahl in Deutschland endlich zu begrenzen, „Nazi“ sein soll. Der von Sozialdemokraten schamlos geübte politische Missbrauch des Nationalsozialismus verfängt nicht mehr beim Wähler. Das ist Grund genug, ihn zu beenden, sieht die SPD jetzt ein und überlegt neu:

Eine erfolgreiche Strategie im Umgang mit der AfD? Bisläng Fehlanzeige bei den Sozialdemokraten. Die Auseinandersetzung der SPD mit den rechten Aufsteigern pendelt, ähnlich wie in den anderen etablierten Parteien, zwischen Ratlosigkeit und Aktionismus. Für eine klare Linie plädiert nun SPD-Vize Olaf Scholz.

Ein Kernpunkt seines Vorschlags: Die Sozialdemokraten sollten künftig auf die große verbale Keule gegen die Petry-Partei verzichten. In seinem sechsseitigen Papier, das dem ARD-Hauptstadtstudio vorliegt, schreibt Scholz: „Wir sollten die AfD nicht dämonisieren. Solange die AfD nur rechtspopulistisch ist, sollten wir sie nicht als Nazis bezeichnen“. [...]

Scholz schlägt in seinem Papier vor: Die AfD nicht mehr wutschnaubend zu attackieren, sondern sie inhaltlich zu

stellen. Dabei müsse für die Sozialdemokraten die Linie gelten: „Wir sind liberal, aber nicht doof.“ Für Hamburgs Ersten Bürgermeister bedeutet dies: Keine Scheu, Probleme, die es zum Beispiel in Sachen Integration und innere Sicherheit gebe, offen zu benennen.

Ist das nicht großzügig? Es soll „keine Scheu“ mehr geben, inhaltliche Probleme bei der Integration anzusprechen, nicht einmal Probleme bei der inneren Sicherheit. Sie sollen nicht mehr verschwiegen werden wie bisher, mit freundlicher und aktiver Unterstützung der Lügenpresse. Ist es so gemeint? Wie weit sind wir heruntergekommen, dass es als großer Wurf einer demokratischen Partei gewürdigt wird, sich inhaltlich und nicht mehr per Diffamierung auseinanderzusetzen?

Und abschließend noch zu dieser Diffamierung selbst: Nunmehr soll also auf die Bezeichnung als „Nazis“ verzichtet werden. Soll die AfD sich darüber freuen? Soll sie dankbar sein? Indirekt gibt ihr Sozialdemokraten damit zu, gibt euer Bürgermeister Scholz zu, dass die Diffamierung zu Unrecht geschah. Dass sie wider besseres Wissen zu Unrecht geschah. Eigentlich wäre damit eine Entschuldigung fällig: bei der AfD, vor allem aber bei den Opfern der Vernichtungslager, deren Angehörigen man die AfD aus parteipolitischem Kalkül als Nachfolgepartei der Nazis vorsetzte, ohne dafür irgendeine inhaltliche Begründung vorweisen zu können. Was ist damit, ihr Heuchler von der SPD, schämt ihr euch nicht?



Marokkaner terrorisieren niederländische Stadt



Der Bürgermeister der niederländischen Stadt Ede (Provinz Gelderland) hat über den gesamten Stadtbezirk Veldhuizen für die nächsten sechs Monate ein Versammlungsverbot verhängt. Mehrere Personen dürfen nicht zusammen auf der Straße stehen. Dies sei notwendig, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, heißt es auf der Gemeinde-Homepage. Für Bürgermeister Cees van der Knaap ist das Maß voll, wie er einem Reporter sagt. Anlass dieser ungewöhnlichen Maßnahme, die von einem hohen Polizeiaufgebot begleitet wird, ist der von marokkanischen Jugendlichen ausgehende Straßenterror. Die Straßenterroristen werden auf 12 bis 22 Jahre geschätzt und sollen als 50 bis 60-köpfige Bande agieren.

Vordergründig geht es um die Schließung eines in die Jahre gekommenen Einkaufszentrums, das am 9. Mai abgerissen werden soll. In dem mittlerweile leerstehenden Gebäude befand sich ein Marokkanertreff.

Seit der Räumung fackeln die Nachkommen der nordafrikanischen Einwanderer die Autos der Anwohner ab. Der ehemalige Betreiber der marokkanischen Teestube hatte im Vorfeld derartige Unruhen schon vorausgesagt. Die verschiedenen Ethnien legen offenbar Wert auf getrennte Lokalitäten, wie eine Kennerin der Szene

berichtet. Eine andere Anwohnerin, die weder mit Bild, noch mit Namen in der Zeitung erscheinen will, gibt zu, seit Jahren PVV zu wählen (Die letzte Provinzialwahl im Gelderland war im März und brachte der PVV gerade mal 5 von 55 Sitzen ein). Die Anwohnerin hat keine Lust, lange mit einem Reporter zu sprechen, weil sie keine 23 Ziegelsteine durch ihre Fenster geworfen bekommen möchte, wie ihr Nachbar. Dieser musste einen Vandalismus-Schaden von 45.000 Euro verkraften, weil er der Presse gegenüber auskunftsfreudiger war. Dem Reporter fällt auf: in Veldhuizen ist die Multikultur eingezogen. Man sieht viele Kopftuchfrauen. Die meisten Einwanderer sollen aus Marokko, der Türkei, Somalia, Ägypten und von den Antillen stammen.

Blick in die ehemalige marokkanische Teestube, die auch ein Umschlagplatz für harte Drogen gewesen sein soll:



Amin (15) durfte seit einem Jahr in das Teehaus gehen:

„Wir hingen da immer herum“, sagt er. „Die älteren Männer rauchten und spielten Karten. Wir sahen Fußball. So chillten wir einfach da. Und jetzt? Jetzt haben wir die schönen Straßen gefickt. Wir können nichts anderes tun.“

Dass die Stadt einen neuen Marokkaner-Treff geplant hat, lässt ihn wohl kalt. Einige ältere Freunde ärgern sich über die Polizei: „Sie sind rassistisch. Sie bedrohen kleine Jungen von

10 Jahren „, sagt Justin (15) von den Molukken.

Sechs Personen im Alter von 15 bis 20 Jahren wurden zwischenzeitlich verhaftet. Sie wurden mit Strafzetteln über Lärm und ordnungswidriges Verhalten nach Hause geschickt. Es gab Vandalismus im besagten Einkaufszentrum, Steinwürfe auf Passanten und Polizeiwagen und immer wieder zertrümmerte und abgeackelte Autos. Mittlerweile ist ein marokkanischer Konsul aufgetaucht, der mit den marokkanischen Sprößlingen in einen Dialog treten will. Zusammen mit der marokkanischen Al Mouahidin Moschee wurden eilig ein paar Sätze gegen die zügellose Gewalt verfasst: „Die marokkanische Gemeinschaft missbilligt dieses Verhalten und fordert die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Anwohner dazu auf, in einen Dialog einzutreten.“ Man möchte „bei der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung eine aktive Rolle spielen.“

Bürgermeister van der Knaap: „Der marokkanische Generalkonsul, Khalid Guelzim, wurde kurzfristig über die Ereignisse und das Verhalten einer Gruppe junger Marokkaner im Bezirk Veldhuizen zusammen mit Vertretern der verschiedenen marokkanischen Gruppen ausführlich informiert.“ Es geht also alles seinen geregelten Gang, die Honoratioren wissen Bescheid und können sich auf ihre zukünftige Rolle als neue Ordnungsmacht bestens vorbereiten. Die Christlich-Demokratischen Partei befürwortet die Einmischung des Konsuls: „Wenn jemand mit Autorität zur Lösung des Problems beitragen will, dann ist er herzlich willkommen“, sagte der lokale Parteiführer Jan Pieter van der Schans.

Mittlerweile wird der Skandal von Ede im niederländischen Unterhaus diskutiert. Die PVV will wissen, ob die Gemeinde noch mehr Unterstützung aus dem Ausland braucht, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen: „Rufen Sie sofort den König von Marokko, ob er Willem-Alexander ersetzen will!“ spottete PVV MP Machiel de Graaf. Ahmed Marcouch von der Arbeiterpartei meint hingegen, dass Bürgermeister van der Knaap „unter keinen Umständen auf einen Diplomaten eines anderen Landes

verzichten“ solle. Sein Parlaments-Kollege Malik Azmani von der VVD meint hingegen, dass die Unterstützung eines marokkanischen Konsuls ein „Eingeständnis des Scheiterns“ sei. Wie dem auch sei, die marokkanische Community von Ede will am Sonntag erst einmal einen obligatorischen Protestmarsch „gegen das schlechte Benehmen der Jugendgruppe“ abhalten, an der auch der Bürgermeister teilnehmen will. Tijani Zallali, Präsident einer überaus wichtigen Together-Organisation meint, dass man über alles reden könne: „Wir verstehen, dass junge Menschen ihren eigenen Platz haben wollen, aber wir finden es nicht gut, wenn es auf diese Weise erzwungen wird. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, müssen wir reden“.

Fein, dann müssen nur noch ein paar Scheiben ersetzt und ein paar neue Autos gekauft werden und alles ist wie früher. Dann können auch die Touristen endlich kommen. Ede ist eine 68.000-Einwohner-Stadt, die sich nach der Schließung einiger Fabriken und Kasernen verstärkt dem Tourismus widmen will. Da kann man sicherlich viel von den marokkanischen Einwanderern lernen.

Die Stadt lässt das Abrissgebäude mittlerweile nachts bewachen und hat die bereits vorhandenen Videokameras aktiviert. Mit solchen Maßnahmen kennt man sich aus. Schon 2008 wurde für zwei Jahre der Ausnahmezustand verhängt. Auch 2009 gab es Randalen.

Diesmal begannen die Unruhen am Sonntag, den 1. Mai. Am ehemaligen Einkaufszentrum wurde Feuer gelegt. Einen Tag später wurden die Fensterscheiben einer Schule zerstört. Fünf Autos wurden zertrümmert, vier Autos verbrannt. Polizeiautos wurden mit Steinen beworfen. LiveLeak zeigt wie am Mittwoch die Reporterin Charlotte Pieters mit Steinen beworfen wird als sie Jugendliche interviewen will. Auch von der Polizei bekommt sie keine Auskunft über die Lage. In der Folgenacht wurden an zwei Standorten Autos in Brand gesteckt. In der Nacht zu Freitag wäre das Feuer brennender Autos fast auf ein Wohnhaus übergegangen. Kein Anwohner weiß, ob er am nächsten Morgen noch ein Auto hat.



Im Video kann man sehen, wie die braven Niederländer aus dem Bibelgürtel morgens geduldig die Asche ihrer Autos von der

Straße kehren:

Die Anwesenheit von Polizei und das Versammlungsverbot würde nach hinten losgehen, prophezeite der Präsident der marokkanischen Vereinigung von Ede schon am Dienstag: „Das macht die Jungs immer wütender.“ Laut Mimoun Aktitou diskriminiert die Stadt Ede die Marokkaner: „Es gibt kein Gemeindezentrum für die marokkanische Jugend. Die Türken haben ein neues, die Holländer haben ein neues, Antillianer haben ein neues. Für uns wurde alles abgelehnt.“ Mimimimi. So ungerecht kann Multikulti sein. Aber dafür habt ihr ja jetzt die Straße gefickt.